FriEnt-Team

Legacies of Violence und die Arbeit mit „neuen“ Eliten in Postkonfliktsituationen

Im Rahmen von Friedensprozessen gelangen ehemalige bewaffnete Widerstandsgruppen in Regierungsverantwortung – als „neue politische Eliten“ gehen sie entweder Koalitionen mit den „alten Eliten“ (und ehemaligen Gegnern) ein, oder sie übernehmen alleinige Verantwortung. Welche Auswirkungen haben die Altlasten der Gewalt („Legacies of Violence“) auf das Handeln dieser Eliten und welche Herausforderungen stellen diese spezifischen Konstellationen an entwicklungs- und friedenspolitische Akteure? Diesen und weiteren Fragen ging ein gemeinsam von FriEnt, FES und GIZ organisierter Workshop nach.

Dr. Véronique Dudouet (Berghof Conflict Research) gab zunächst einen Überblick über Rolle und Selbstverständnis von neuen Eliten in Postkonfliktkontexten. Im Zentrum der anschließenden Diskussion stand eine differenzierende Auseinandersetzung mit den Charakteristika solcher Gruppierungen. Als wichtigstes Merkmal fällt dabei zunächst der Einsatz von Gewalt zum Erreichen von politischen Zielen ins Auge. Dies prägt das Selbstverständnis dieser Akteure als Freiheitskämpfer bzw. Befreiungsbewegungen. Dennoch dürften diese Gruppen nicht als homogene Akteure verstanden werden. Vielmehr müssten die Spannungsfelder zwischen extremen und moderaten Eliten, zwischen zentralen und peripheren Eliten sowie zwischen Eliten, die bis zuletzt den Kampf vor Ort geführt haben und Eliten, die im Exil gewesen sind, berücksichtigt werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt bezog sich auf die Kapazitäten, die die ehemaligen Widerstandseliten benötigen und – dieser Frage noch vorausgehend – was für eine Art Transformationsprozess gewünscht ist und welche Ziele damit verfolgt werden. Diese Punkte würden bisher in der Praxis zu wenig reflektiert und Erfahrung und Wissen hierzu sind nach wie vor kaum systematisch aufbereitet. Dies gelte insbesondere für Fragen von Transitional Justice, der nötigen „Elite-Bargains“ und der Verortung dieser spezifischen Transformation innerhalb der Statebuilding Diskussion. Zentral für die Gestaltung von Prozessen des Capacitiy Development bzw. die Begleitung von Transformationsprozessen, so der Tenor der Diskussion, ist die Schaffung von Vertrauen.

Vor dem Hintergrund der Spezifika der jeweiligen Bewegung und den Bedarfen die im jeweiligen Transformationsprozess sichtbar werden, diskutierten die Teilnehmden zudem intensiv über die Rolle von entwicklungspolitischen Organisationen. Dabei sei es wichtig, sich vor dem Beginn einer Zusammenarbeit zunächst einmal darüber bewusst zu werden, welche Interes-

Inhalt

FriEnt-Team
Legacies of Violence und die Arbeit mit „neuen“ Eliten in Postkonfliktsituationen 1

Mitgliedsorganisationen
10 Jahre ZIF – Anerkennung für zivile Expertinnen und Experten 2
BMZ: Weltbankstudie zur Bedeutung sozialer Kohäsion 3
Misereor: Hintergründe zu der aktuellen Konfliktsituation in Nord-Nigeria 4
hbs: Nord- und Südsudan in der Gewaltspirale 5
hbs: Klimawandel, Migration und Sicherheit 6
GIZ: Förderung der Partizipation von Frauen an Friedensverhandlungen 7

Impuls
Rio+20: Nachhaltiger Frieden als blinder Fleck? 8

FriEnt Tipps & Infos
Jahresbericht von KfW und DEG zur Zusammenarbeit mit fragilen Staaten 11
Friedensgutachten 2012 erschienen 12

sen ehemalige Widerstandseliten an einer Zusammenarbeit mit Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) haben. Darüber hinaus wurde kritisch hinterfragt, ob wir die richtigen Instrumente für solch eine Art der Zusammenarbeit überhaupt mitbringen. So wurde zwar an den verschiedensten Stellen auf die Bedeutung von inklusiven Ansätzen hingewiesen, gleichzeitig wurde aber erläutert, dass auch die Arbeit mit nur einer Partei („partisan approaches") sinnvoll sein könnte.

Kontrovers wurde in diesem Zusammenhang auch diskutiert, inwiefern es hierfür überhaupt spezifischer Konzepte, Instrumente und Kapazitäten bedürfe oder ob man die entsprechenden Erwägungen nicht vor allem im Rahmen bestehender Ansätze und Instrumente berücksichtigen müsste („Mainstreaming") – insbesondere angesichts der Tatsache, dass im Rahmen der Diskussion auch immer wieder auf etablierte Konzepte und Ansätze wie bspw. DDR und SSR verwiesen wurde. Ebenso wurden Probleme und Spannungsfelder deutlich, die aus anderen EZ-Sektoren bekannt sind. So wurde die Frage nach einer internationalen Arbeitsteilung laut, auch und gerade angesichts eines „Wettbewerbs um Zugänge".

Auch wurde die Bedeutung übergreifender Rahmenbedingungen für die Unterstützung entsprechender Transformationsprozesse deutlich. So rückte beispielsweise die Frage des richtigen Timings für ein Engagement und die Etablierung von Zugängen zu ehemaligen Widerstandseliten in den Vordergrund. Ebenso wurde im Hinblick auf die in solchen Bewegungen ausgeprägten Hierarchien deutlich, dass diese zwar im Rahmen der Friedens- und Transformationsprozesse überwunden werden müssen, ihre Persistenz aber gerade zu Beginn dieser Prozesse wichtig ist, um ein frühzeitiges und dann meist polarisierendes Aufsplittern dieser Gruppierungen zu vermeiden. Darüber hinaus wurde deutlich, dass mit entsprechenden Friedens- und Transformationsprozessen zwar die Gewalt meistens eingedämmt werden kann, ohne dass diese jedoch komplett überwunden würde. Es finde meist nur ein Formenwandel der Gewalt statt. Schließlich wurde mehrfach betont, dass es notwendig sei, EZ-Organisationen weniger als „externe Akteuren" zu sehen, als diese konzeptionell-analytisch als Teil des Gesamtsystems zu verstehen.

Abschließend wiesen die Teilnehmenden darauf hin, dass das Thema im Zusammenhang mit anderen Diskussionen – wie beispielsweise zu Fragen von Statebuilding, Transitional Justice, Political Settlements oder DDR – eine wichtige Rolle spielen kann und dort berücksichtigt werden sollte.

Weitere Informationen

Marius Müller Hennig, FriEnt/FES
marius.mueller-hennig@bmz.bund.de

Kathrin Lorenz, GIZ
kathrin.lorenz@giz.de

Links & Literatur

From Combatants to Peacebuilders. A case for inclusive, participatory and holistic security transitions
Véronique Dudouet / Hans. J. Giessmann / Katrin Planta | Berghof Conflict Research | 2012

Dealing with Spoilers in Peace Processes
Natascha Zupan / Günter Schönegg | FriEnt/DIE | 2006

Mitgliedsorganisationen

10 Jahre ZIF – Erstmals Anerkennung für zivile Expertinnen und Experten vergeben

Ob in Liberia, im Kosovo, in Georgien oder Afghanistan – weltweit sind inzwischen deutsche zivile Expertinnen und Experten in internationalen Friedenseinsätzen tätig. Als Menschenrechtsbeobachter, Richterin oder Wahlexperte in den verschiedensten Krisengebieten zu arbeiten, verlangt großen persönlichen Einsatz.

Dieses Engagement wurde im Rahmen der 10-Jahres-Feier des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) am 24. Mai 2012 gewürdigt. In einer Grußbotschaft honorierte Bundespräsident Joachim Gauck die Arbeit ziviler Fachkräfte in Friedenseinsätzen: „Wie herausfordernd die Arbeit für den Frieden ist, weiß niemand besser als Sie – die Expertinnen und Experten, die weltweit in unterschiedlichsten Missionen im Einsatz waren und sind. (...) Das ZIF hat in den letzten Jahren Herausragendes geleistet, um die richtigen Fachleute auszuwählen und auf ihre schwierigen Missionen vorzubereiten“.

Anschließend vergaben das Auswärtige Amt und das ZIF den zivilen Expertinnen und Experten erstmals eine Anerkennung. Staatsminister Michael Georg Link hielt die Laudatio und übergab gemeinsam mit ZIF-Direktorin Dr. Almut Wieland-Karimi und Dr. Winrich Kühne, dem Gründungsdirektor des ZIF, die Urkunden. Wieland-Karimi schlug vor, zukünftig am 29. Mai, dem „International Day of UN Peacekeepers“, alle Teilnehmende von Friedenseinsätzen gemeinsam zu würdigen. Die UNO-Generalversammlung hatte diesen Tag vor zehn Jahren ins Leben gerufen hatte, um Personal in Friedenseinsätzen für seine Arbeit Anerkennung zu zollen.

Im ZIF-Expertenpool stehen derzeit über 1.200 Personen mit unterschiedlichsten Kenntnissen für einen Friedenseinsatz zur Verfügung. Seit 2002 hat das ZIF mehr als 3.200 deutsche Wahlbeobachterinnen und –beobachter entsandt und über 2.200 deutsche und internationale Fachkräfte qualifiziert. Staatsminister Link lobte das ZIF als „Institution mit Modellcharakter“, die „nicht nur international“, sondern auch „bei uns in Deutschland parteiübergreifend großen Respekt“ genieße.

Weitere Informationen

Wanda Hummel, ZIF
w.hummel@zif-berlin.org

Links & Literatur

Grußworte, Reden und Fotos der Veranstaltung

Der Einladung zur 10-Jahres-Feier folgten über 500 Gäste, darunter die Vorsitzenden des Bundestagsunterausschusses Zivile Krisenprävention und Vernetzte Sicherheit, MdB Joachim Spatz und MdB Kerstin Müller, ODIHR-Direktor Botschafter Janez Lenarcic, Vertreter der Vereinten Nationen, der EU und der Afrikanischen Union. Partnerinstitutionen weltweit gehörten zu den Gratulanten.

BMZ: Weltbank beleuchtet die Bedeutung gesellschaftlicher Dynamiken und sozialer Kohäsion für Staatsentwicklung

Was zeichnet Staaten aus, die widerstandsfähig („resilient“) sind? Was hält ein Land zusammen und welchen Einfluss haben die Beziehungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen? Die internationale Diskussion um Staatsentwicklung drehte sich in den letzten Jahren oft um die Leistungsfähigkeit und Legitimität des Staates. Zwar wird seit einiger Zeit auch betont, dass konstruktive Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft entscheidend für die Resilienz eines Landes sind. Im Mittelpunkt der Überlegungen stehen dabei zumeist dennoch die Kapazitäten staatlicher Akteure, bestimmte Kernfunktionen zu erfüllen.

Für gute Beziehungen braucht es aber mindestes zwei starke Partner. Daher richtet eine neue Weltbank Flagship-Studie, die das BMZ unterstützt hat, den Fokus dezidiert auf die gesellschaftlichen Akteure. Ausgangspunkt der Studie ist, dass der Grad an sozialer Kohäsion in einem Land direkten Einfluss darauf hat, ob dieses eher zu Fragilität oder zu Resilienz neigt. Soziale Kohäsion bedeutet dabei nicht nur, dass bestimmte Grunddienstleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger diskriminierungsfrei erbracht werden. Es geht vielmehr um die Art und Weise der Interaktion zwischen den verschiedenen Gruppen einer Gesellschaft und um die Qualität deren Beziehungen in ihrer Gesamtheit. Dabei wird der Staat bewusst als ein Akteur unter vielen im komplexen Zusammenspiel dieser gesellschaftlichen Dynamiken definiert. Der Studie zufolge ist die soziale Kohäsion dann besonders hoch, wenn der Ausgang

sozialer Interaktionen vorhersehbar und die Beziehungen innerhalb einer Gesellschaft von Vertrauen geprägt sind sowie ein bestimmtes Maß an (Interessen-)Konvergenz zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen besteht.

Aber wie kann die soziale Kohäsion eines Landes erhöht werden? In einer vom BMZ finanzierten Studie von Dr. Sabine Kurtenbach zur Jugend- und Geschlechterthematik werden dafür verschiedene Interventionsbereiche identifiziert. Diese schließen beispielsweise die Förderung von politischer Teilhabe und von Interaktionsräumen ein, in denen die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure aufeinander treffen und ihre Interessen aushandeln können. Besonders wichtig erscheinen auch kontextangepasste, inklusive, lokale Governance-Strukturen, eine verbesserte Interaktion zwischen (formellen wie informellen) Institutionen sowie die Stärkung der staatlichen Fähigkeit, die diversen gesellschaftlichen Gruppen eines Landes einzubinden. Auch die Wahrnehmung von Ungerechtigkeiten mit Blick auf die Behandlung von verschiedenen Bevölkerungsteilen muss adressiert werden. Insgesamt bildet die Studie ein starkes Plädoyer dafür, bei sämtlichen entwicklungspolitischen Maßnahmen die zugrunde liegenden gesellschaftlichen Dynamiken nicht unberücksichtigt zu lassen.

Weitere Informationen

Claudia Pragua, BMZ
claudia.pragua@bmz.bund.de

Links & Literatur

Societal Dynamics & Fragility: Engaging Societies in Responding to Fragile Situations
Weltbank | 2012

Youth and Gender and the Societal Dynamics of Fragility
Sabine Kurtenbach | 2012

Misereor: Hintergründe zu der aktuellen Konfliktsituation in Nord-Nigeria

„If you get confused with regard to the analysis of what is going on in Nigeria you are on the right path" – so das Eingangsstatement von Bischof Matthew Hassan Kukah, bei einem Gespräch, zu dem Misereor Anfang Mai eingeladen hatte. Bischof Kukah ist eine in Nigeria weithin bekannte Person, weil er sich als Generalsekretär der Bischofskonferenz (1994–2000) immer wieder auch öffentlich für Demokratie und den Respekt der Menschenrechte engagiert hat. Er war Mitglied der nationalen Kommission zur Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen der Militärregierungen und hat im Konflikt zwischen dem Öl-Konzern Shell und dem Volk der Ogoni im Nigerdelta vermittelt.

Die aktuelle Gewalt könne nur als Konsequenz eines jahrzehntelangen Versagens der nigerianischen Regierungen verstanden werden, dem Norden des Landes wirksame Entwicklungsperspektiven zu eröffnen. Die stark wachsende, überwiegend junge Bevölkerung des Nordens fühle sich vom Staat vernachlässigt, wirtschaftlich wie politisch. Viele Anschläge, die unter der vorgeblichen Verantwortung von „Boko Haram" geschehen, seien Ausdruck einer tiefen Perspektivlosigkeit junger Männer aus dem Norden.

„Boko Haram" war zunächst eine islamische Reformgruppe, die mit Mitteln der Justiz Gerechtigkeit für die arme Bevölkerung im Norden forderte. Im Sommer 2009 haben Sicherheitskräfte in der Stadt Maiduguri erstmals in einer Offensive gegen Anhänger und Mitglieder von „Boko Haram" etwa 50 Mitglieder der Gruppe getötet, darunter auch den Gründer Muhammad Yusuf. Die Polizisten, die an den Ermordungen beteiligt waren, wurden erst 2011 verhaftet. Zugesagte Entschädigungen für die Familien der getöteten „Boko Haram"-Anhänger bzw. für deren zerstörte Häuser wurden erst in den letzten Monaten gezahlt. Diese Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen hat die Wut vieler Menschen im Norden auf die Regierung des Bundesstaates Borno, in dem Maiduguri liegt, und auf die Zentralregierung in der Hauptstadt Abuja verschärft.

Obwohl die aktuellen Konflikte nicht primär Konflikte zwischen Muslimen und Christen darstellen gibt es starke Interessen, sie als religiöse Konflikte darzustellen. Viele evangelikale Pas-

toren beraten einflussreiche und mächtige Politiker in diese Richtung und tragen so zu einer Verschärfung der Situation bei. Zudem hat die Regierung von Goodluck Jonathan den Eindruck einer Dominanz der Christen in der Staatsführung verstärkt. Zentrale Posten in Regierung und Verwaltung sind mit Christen besetzt, so dass Muslime allen Grund haben, sich marginalisiert zu fühlen. Aus dem Gefühl heraus, an der Machtverteilung in Nigeria zu wenig zu partizipieren, erwächst eine Opposition gegen die als christlich dominiert wahrgenommene Bundesregierung, die bis zur aktiven Unterstützung von „Boko Haram“ reicht.

Eine Versöhnung der radikalisierten Gruppen in Nord-Nigeria mit dem Staat ist nicht durch Absichtserklärungen zu erreichen – Versöhnung erfordert auch eine Entschädigung für erlittenes Unrecht und zerstörte Lebenschancen. Die Anschläge von „Boko Haram“ und vieler anderer, die sich jetzt im Kielwasser dieser islamischen Sekte bewegen, sind wohl kaum mit geheimdienstlichen und polizeilichen Mitteln allein in den Griff zu bekommen. Der Staat, so Bischof Kukah, müsse entschiedene, überzeugende Schritte für die sozio-ökonomische Entwicklung des verarmten Nordens unternehmen, den Rechtsstaat rehabilitieren (insbesondere im Interesse der Durchsetzung des Rechtes der Schwachen) und die Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen und Korruption überwinden.

Misereor ist derzeit in einem intensiven Dialog mit verschiedenen kirchlichen Partnern, um deren Programme zur Konfliktprävention und Friedensförderung zu unterstützen. Für Frieden und Versöhnung in Nord-Nigeria einzutreten ist angesichts der fortgesetzten Bombenanschläge und Massaker auch für die dort lebenden Katholiken und Christen anderer Konfessionen nicht leicht, weil sie nicht einfach Opfer der Gewalt werden möchten, sich auch mit Waffengewalt bei Angriffen verteidigen wollen und nicht selten auch Gefühle der Rache entwickeln. In dieser emotional aufgeladenen Atmosphäre haben es auch religiöse Führer, wie Bischof Kukah, nicht leicht, konkrete Schritte der Verständigung zwischen Christen und Muslimen zu unternehmen, die ein friedliches Zusammenleben ermöglichen.

Weitere Informationen

Klaus Piepel, Regionalreferent westliches Afrika bei Misereor
klaus.piepel@misereor.de

Links & Literatur

Boko Haram – Nachdenken über Ursachen und Wirkungen
Matthew Hassan Kukah | missio | 2009

hbs: Nord- und Südsudan in der Gewaltspirale

Der Sudan war jahrzehntelang Schauplatz gewalttätiger Auseinandersetzungen. 2005 wurde der fast 20 Jahre andauernde Bürgerkrieg durch das Comprehensive Peace Agreement (CPA) beendet. Es führte im Juli 2011 zur Unabhängigkeitserklärung des Südens. Gegenwärtig droht der Rückfall in den offenen Krieg. Im Zentrum der Konfrontation stehen mehrere Streitpunkte, die aus dem Weg zu räumen versäumt wurden: Eine Regelung für die Bevölkerung der Nuba-Berge und Südkordofans, der genaue Verlauf der etwa 2000 Kilometer langen Grenze, und die Verteilung der Einkünfte aus dem Erdölexport.

Die beiden Sudans hätten nicht die Aufmerksamkeit erhalten, die ihnen gebühre, befand Andrea Böhm, Afrika-Expertin der Wochenzeitung „Die Zeit“, die bei der Heinrich-Böll-Stiftung mit drei weiteren Kennern des Landes über Ursachen und Hintergründe der Gewalt diskutierte: mit Edward Thomas, Fellow am Rift Valley Institute, mit Guma Kunda Komey, Experte für Landfragen und Dozent an Universitäten in Khartoum und Halle-Wittenberg, und mit Kerstin Müller, Vorsitzende des Bundestagsunterausschusses für zivile Krisenprävention.

Edward Thomas schilderte, warum die Teilung des Landes, so sehr sie im Süden ersehnt wurde, neue Probleme schuf. Nicht nur wegen des Öls, das im Süden gefördert, aber vom Norden aus verschifft wurde. Auch geographisch und klimatisch gibt es große Unterschiede zwischen beiden Staaten: Der Süden ist feucht und fruchtbar, doch im Norden liegen die be-

deutenderen Städte, deren Einwohner von der Landwirtschaft des Südens abhängig sind. In den Bundesstaaten entlang der neuen Grenze lebt ein Drittel der Bevölkerung.

Wie Guma Komey erläuterte, galt das CPA zunächst als Modell, wie man in einem multiethnischen Staat einen Ausgleich der politischen und wirtschaftlichen Interessen verfeindeter Bevölkerungsgruppen herbeiführen kann. Doch viele ungeklärte Fragen wurden zum Sprengsatz für die friedliche Zukunft beider Staaten nach der Trennung. In einigen Gebieten – vor allem Abyei, den Nuba-Bergen von Südkordofan und der Provinz Blauer Nil – fand eine vom CPA vorgesehene Volksbefragung nie statt.

Aus Protest gegen drastisch erhöhte Durchleitungsgebühren stoppte der Südsudan im Januar 2012 den Ölexport, mit dem das Land bis dahin 97 Prozent seines Staatshaushalts gedeckt hatte. Thomas nannte den Öl-Lieferstopp „ein waghalsiges Pokerspiel“, bei dem der Süden den wirtschaftlichen Zusammenbruch riskiere, um das Regime in Khartoum ins Wanken zu bringen. Die Frage sei nun schlicht, welcher Seite zuerst die Mittel ausgehe, um Subventionen und die Gehälter der staatlichen Beschäftigten zu bezahlen. Er glaube, dass das im Süden höchstens noch sechs Monate gut gehen könne. Dabei hielt er es für wünschenswert und durchaus für vorstellbar, dass die Eliten in Khartoum und Juba, der Haupstadt des Südens, zur Zusammenarbeit zurückkehren.

Komey hielt fehlenden politischen Willen für einen Teil des Problems – auch bei dem aktuellen Verhandlungsversuch in Addis Abeba. Ein politischer Durchbruch sei nötig, um Hilfsgüter für die Zivilbevölkerung in die umkämpften Gebiete zu bringen und die Luftangriffe der sudanesischen Luftwaffe zu stoppen – da sei auch die internationale Gemeinschaft gefragt.

Kerstin Müller hat noch Hoffnung, dass der Erfolg der mühsamen Verhandlungen nicht völlig zunichte ist. Es sei aber bisher nicht gelungen, eine gemeinsame Perspektive für beide Staaten zu finden. Nötig sei es, auch die Regierung in Juba in die Pflicht zu nehmen, über die von internationalen Organisationen bereitgestellten Mittel besser Rechenschaft abzulegen – es sei ja schon ungewöhnlich, wenn Südsudans Präsident Salva Kiir sein Spitzenpersonal öffentlich auffordere, unterschlagenes Geld – eine Summe von immerhin 2,4 Milliarden US-Dollar – zurückzugeben. Sie sprach sich daher dafür aus, weitere Hilfe an Bedingungen zu knüpfen. Gegenüber dem Norden müsse man darüber nachdenken, mit welchen Anreizen man Khartoum womöglich zur Kooperation bewegen könne.

Weitere Informationen

Kirsten Maas-Albert, hbs
maas-albert@boell.de

Links & Literatur

Die Herausforderungen der Ära nach der Teilung für Nord- und Südsudan behandelt ein neuer Sammelband der Heinrich-Böll-Stiftung: Sudan After Separation: New Approaches to a New Region – Sudan nach der Teilung (die dt. Ausgabe folgt Anfang Juli).

hbs: Klimawandel, Migration und Sicherheit – Komplexe Konfliktszenarien im 21. Jahrhundert

Klimawandel kann das globale Gleichgewicht ins Wanken bringen. Von Diplomaten, internationalen Entwicklungsorganisationen bis hin zu Strategieabteilungen im Militär herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass durch Klimawandel hervorgerufener Ressourcenmangel, sich verändernden Klimaprofile bis hin zu Migrationsbewegungen die politischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts entscheidend prägen werden. Weniger Einigkeit besteht dagegen über die notwendigen Strategien und vor allem den Einsatz finanzieller Ressourcen in Zeiten allgegenwärtiger Budgetkürzungen.

Mit dem Ziel, in dieser wichtigen Diskussion progressiven Argumenten Gehör zu verschaffen, hat das Center for American Progress in enger Zusammenarbeit mit dem Washingtoner Büro der Heinrich Böll Stiftung eine neue Projektserie zum Thema „Climate Change, Migration

and Security“ etabliert. Das im Januar 2012 publizierte Grundlagenpapier wirft aus transatlantischer Perspektive ein Schlaglicht auf die politischen Herausforderungen, die durch das Wechselspiel von Klimawandel, Migrationsbewegungen und Konflikten entstehen. In Interviews bringen internationale Experten ihre Argumente ein.

Im April dieses Jahres erschien die erste Regionalstudie zu Nordwestafrika, zwei weitere Berichte mit Fokus Indien/Bangladesch und Südamerika werden im Laufe dieses Jahres publiziert. In der ersten Regionalanalyse wird der Nexus von Klimawandel, Umweltzerstörung, Migrationsbewegungen und Konflikten in Nigeria, Niger, Algerien und Marokko untersucht und diskutiert. In unmittelbarer Nachbarschaft Europas sind die Auswirkungen der Klimaveränderungen bereits sichtbar. Marokko, Tunesien und Libyen verlieren jeweils 1.000 Quadratkilometer Ackerland innerhalb eines Jahres; in Ägypten ist die Hälfte aller Anbauflächen durch zu hohe Salzgehalte gefährdet – weltweit leben rund 100 Millionen Menschen in Regionen, die unterhalb des Meeresspiegels liegen.

Der Bericht dokumentiert diese neuen Szenarien und analysiert die sich entwickelnde politische Diskussion in den Vereinigten Staaten und Europa.

Weitere Informationen

Dr. Michael Werz, Center for American Progress
mwerz@americanprogress.org

Klaus Linsenmeier, Heinrich Böll Stiftung
klaus.linsenmeier@us.boell.org

Links & Literatur

Climate Change, Migration, and Conflict Addressing Complex Crisis Scenarios in the 21st Century

Multimediale Publikationen und Experteninterviews im Rahmen des Projekts

Die Untersuchungen des Center for American Progress und der Heinrich Böll Stiftung bilden die Grundlage für eine wichtige nordamerikanische und europäische außenpolitische Zukunftsdiskussion: Klimawandel läutet das Ende politischer Eindimensionalität ein und erzeugt komplexe Gemengelagen, in denen Innenpolitik, Außenpolitik, humanitäre Hilfe und militärisches Eingreifen auf komplexe Weise ineinander greifen werden.

Basierend auf den Publikationen werden im Laufe dieses Jahres in den USA und in Deutschland öffentliche Veranstaltungen und Gesprächsrunden stattfinden, um eine transatlantische Diskussion zu möglichen politischen Lösungen in Gang setzen. Ziel ist es, diese bisher wenig erforschten Problemfelder zugänglich zu machen und aus europäischer wie amerikanischer Perspektive zu analysieren und diskutieren.

GIZ: Förderung der Partizipation von Frauen an Friedensverhandlungen

Fast zwölf Jahre sind vergangen, seit die VN-Sicherheitsratsresolution 1325 verabschiedet wurde. Sie enthält unter anderem die Verpflichtung, die Teilhabe von Frauen an Friedensverhandlungen zu fördern. In diesem Bereich herrscht jedoch immer noch großer Handlungsbedarf. Die Partizipation von Frauen an Friedensverhandlungen lag laut Weltentwicklungsbericht 2011 bei weniger als sieben Prozent. Fragen der Gleichberechtigung der Geschlechter werden in Friedensverhandlungen, Friedensabkommen und deren Implementierung nach wie vor nur unzureichend berücksichtigt. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an diesen Prozessen ist jedoch richtungsweisend, setzt sie doch den Rahmen für den späteren staatlichen Wiederaufbau.

Im Januar 2012 hat die GIZ im Auftrag des BMZ einen internationalen Workshop zum Thema „Förderung der Partizipation von Frauen an Friedensverhandlungen und politischen Prozessen nach der Beendigung gewaltsam ausgetragener Konflikte“ organisiert. Im Mittelpunk der Veranstaltung stand die Frage, wie es Frauen gelungen ist, sich an Friedensverhandlungen und der Umsetzung von Friedensabkommen zu beteiligen und wie sie dabei durch externe Akteure stärker unterstützt werden können (siehe FriEnt-Impulse 01/02-2012).

Weitere Informationen

Filip Weidenbach, GIZ, Sektorprogramm Gleichberechtigung und Frauenrechte fördern
filip.weidenbach@giz.de

Die Ergebnisse des Austauschs sind nun in einem Follow-up-Workshop Anfang Juni in Berlin weiter bearbeitet worden. Internationale Friedensaktivistinnen aus Afghanistan, Burundi, Guatemala, Kenia, von den Philippinen und aus dem Süd-Sudan sowie Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Organisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und Frauenrechtsorganisationen waren dort vertreten. Ziel war es, die im ersten Workshop identifizierten Ansätze zu bestimmten Themenschwerpunkten zu vertiefen. Folgende Empfehlungen und Ergebnisse wurden dabei festgehalten:

- Frauen, die an Friedensverhandlungen teilnehmen, benötigen die Unterstützung von Frauen der lokalen Ebene. Auch sollten sie die Interessen und Bedürfnisse Letzterer im Rahmen der Verhandlungen vertreten. Es bedarf also einer Verknüpfung der Beteiligung von Frauen auf allen gesellschaftlichen Ebenen, beispielsweise durch formale Konsultationsprozesse zwischen Frauenrechtsorganisationen und den weiblichen Mitgliedern der Verhandlungsparteien.
- Der Aufbau von strategischen Allianzen mit Männern, beispielsweise durch die Zusammenarbeit an Themen von gemeinsamem Interesse, kann von großer Bedeutung sein, um Frauen Zugang zu den Verhandlungstischen zu gewährleisten.
- Gendersensible Mediation ist ein wertvolles Verhandlungsinstrument zur Förderung der Integration von Genderaspekten in Friedensabkommen. Neben einer geschlechtergerechten Besetzung von Mediationsteams erfordert dies ein Bewusstsein für die spezifischen Interessen- und Bedürfnisfragen von Männern und Frauen. Gendersensible Mediation kann hierfür angemessene Gesprächsräume schaffen.
- Damit gendergerechte Friedensabkommen nicht nachträglich verwässert werden, bedarf es neben einer möglichst breiten Beteiligung von Frauen an der Implementierung von Friedensabkommen vor allem gendersensibler Follow-up- und Monitoringmechanismen.

Die Ergebnisse der beiden Workshops dienen als Grundlage für die Erarbeitung von konkreten, praxisnahen Handlungsempfehlungen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, die im Auftrag des BMZ publiziert werden sollen.

Impuls

Rio+20: Nachhaltiger Frieden als blinder Fleck?

20 Jahre nach dem „Erdgipfel“ 1992 in Rio trifft sich die Weltgemeinschaft wieder an gleichem Ort zur Rio+20-Konferenz, um über Umwelt und Entwicklung zu beraten. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Nutzung endlicher Ressourcen wie auch die unterschiedlichen Wirtschaftsmodelle und Wachstumsfragen stehen dabei auf der Agenda. Für die Zivilgesellschaft geht es um eine sozial und ökologisch gerechtere Zukunft sowie um Lösungen und Alternativen zum Wachstumsmodell der Industriegesellschaft. Aber die Nachhaltigkeitsdebatte scheint primär auf Ökonomie und Ökologie fokussiert. Kaum berücksichtigt werden die Konfliktlinien, die der Ressourcennutzung und dem wirtschaftlichen Handeln zugrunde liegen. Dauerhafter Friede – zentrale Grundlage für nachhaltigen positiven Wandel – werde in Rio zu wenig bedacht, schreiben Michael Frein und Caroline Kruckow in diesem Impuls-Artikel.

Rio+20: Zu wenig für die Zukunft?

Die Staats- und Regierungschefs, die derzeit in Rio de Janeiro tagen, haben Großes vor. Es geht um nichts Geringeres als um unser aller Zukunft. Entsprechend ambitioniert ist der Titel des Abschlussdokuments: „The Future we Want“.

Dabei wollen sie gleich zwei globale Probleme lösen: Zum einen die Interessengegensätze zwischen Reich und Arm und zum anderen die Widersprüche zwischen Ökonomie und Ökologie. Bereits heute verbraucht die Menschheit in einem Jahr die Menge an Ressourcen, für deren Regeneration die Ökosysteme des Planeten anderthalb Jahre benötigen. Tendenz steigend: 2030 werden es zwei Jahre sein, 2050 drei. Gleichzeitig verlangen die Armen dieser Welt nach ihrem gerechten Anteil, in den Schwellenländern mit wachsendem Erfolg. Immer mehr Menschen beanspruchen immer mehr Ressourcen, und es stehen noch viele in der Warteschlange, deren Ansprüche bei weitem nicht befriedigt sind.

Die Lösung, die die Regierungen in Rio für dieses Problem bereithalten, ist im Kern eher einfach gestrickt. Armutsbekämpfung soll über zusätzliches Wirtschaftswachstum erfolgen, der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie soll durch technologische Innovation gelöst werden, so dass Effizienzgewinne die Entkoppelung von Wachstum und Naturverbrauch ermöglichen. Kurzum: Obwohl die Wirtschaft weiter wächst, soll weniger Natur verbraucht werden. Nachhaltigkeit bedeutet in den Diskussionen von Rio+20 mithin wirtschaftliches Wachstum und Ressourceneffizienz – Verteilungsgerechtigkeit und dauerhafter Friede sind dabei weniger im Blick.

Der endliche Planet

Was aber, wenn das mit der Entkoppelung gar nicht geht? Zweifel sind angebracht. Zunächst ist es die schiere Hoffnung, dass die technologischen Sprünge tatsächlich gelingen. Gewissheit, dass neue Erfindungen die ökologischen Probleme lösen werden, besteht nicht.

Ein Grund dafür ist der „Rebound-Effekt“: Wenn Produkte mit weniger Ressourcen hergestellt werden, so werden sie auch preisgünstiger. Infolgedessen können mehr Einheiten vom gleichen Produkt oder andere Produkte zusätzlich konsumiert werden. Wirtschaftswachstum tut ein Übriges zur Konsumsteigerung. Zwar ist Ressourceneffizienz unverzichtbar, jedoch lässt sich beobachten, dass es selbst bei breiter Anwendung neuer, effizienter Technologien aufgrund von Rebound- und Wachstumseffekten keinerlei Versicherung für einen sinkenden Naturverbrauch gibt.

Mehr als eine Erde gibt es jedoch nicht. Damit wird die Frage der Nutzung von Ressourcen (und der Umgang mit den Abfällen der Industriegesellschaft, also etwa Treibhausgasen) zum Verteilungsproblem. Anders gesagt, bei begrenzten Ressourcen und prinzipiell unbegrenzter Nachfrage sind Nutzungskonflikte unvermeidlich.

Links & Literatur

EED: Frieden in der Schöpfung Gottes

EED-Blog über den "Rio+20"-Gipfel

Eigentlich wäre es die Aufgabe der Rio+20-Konferenz gewesen, diese Nutzungskonflikte zu lösen, das heißt, einen Rahmen für eine gerechte Nutzung innerhalb der planetarischen Grenzen zu schaffen. Diesen Anspruch hat bereits die Vorgänger-Konferenz, der Erdgipfel von Rio 1992, nicht erfüllen können. Und der Verhandlungsstand vor Rio+20 gab wenig Anlass zu hoffen, dass man dem jetzt merklich näher kommen könnte. Vielmehr spricht einiges dafür, dass Rio+20 dem grundlegenden Konflikt der Industriegesellschaft durch Wachstums- und Technikeuphorie auszuweichen versucht.

Run auf Ressourcen

Dabei sind Nutzungskonflikte um Ressourcen vorprogrammiert, das Rennen um Ressourcen hat bereits begonnen. So schließt Deutschland Abkommen mit ressourcenreichen Ländern, um den Zugang zu Rohstoffen für die nationale Industrie zu sichern. Die EU und die USA wollen China über die Welthandelsorganisation zwingen, den Zugang zu seinen Rohstoffen, unter anderem Seltene Erden, nicht zu erschweren. In bilateralen und regionalen Handelsabkommen spielt der Zugang zu Ressourcen eine zunehmend wichtige Rolle.

Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Konsequenzen für die lokale Bevölkerung in den rohstoffreichen Ländern sind gravierend: In vielen Teilen der Welt leiden die Menschen unter der Rohstoffgewinnung. Naturzerstörung und massive Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung. Der „Fluch des Ressourcenreichtums“ ist zum Beispiel in Ländern wie Sierra Leone und Liberia, Kongo und auch Nigeria durch lang anhaltende Bürgerkriege und weitreichende strukturelle Gewalt nur allzu gut bekannt. Um Ressourcen - natürliche wie mineralische - sind in vielen Ländern und Weltregionen blutige Kriege geführt worden. Auch heute ist der Kampf um Ressourcen einer der wichtigsten Gründe für innerstaatliche Konflikte und eskalierende Gewalt.

Der Flächenbedarf im Nahrungs- wie auch im Energiesektor für nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien steigt, fast immer verbunden mit einem anwachsenden Wasserverbrauch. Dies steht in direkter Konkurrenz zu dem Land- und Wasserbedarf der lokalen Bevölkerung. Ressourcenknappheit bei steigender Nachfrage hat das Interesse von Investoren an Land und Wasser als Produktionsgrundlage oder als Spekulationsware wachsen lassen.

Die großflächigen Investitionen in Land weltweit und der Mechanismus des ‚Land Grabbing’ ist ein besonders eindrückliches Beispiel für den Kampf um natürliche Ressourcen und die damit verbundenen Konsequenzen vor Ort: Wenn die Interessen der lokalen Bevölkerung hintangestellt werden, Menschenrechtsverletzungen und Vertreibungen, die Bereicherung einer politischen und wirtschaftlichen Elite und die Stärkung eines autoritären Machtapparates mit schlechter Regierungsführung in Kauf genommen werden, sind gerechte Entwicklung und dauerhafter Friede nicht in Sicht, Nachhaltigkeit rückt in weite Ferne.

Primat der Ökonomie

Im ökonomischen Bereich gilt der Kampf um Ressourcen und Märkte als unverrückbares Paradigma. Umweltschutz verliert merklich an Attraktivität, wenn er nicht gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit stärkt und Arbeitsplätze schafft oder zumindest sichert. Wettbewerb gilt als Schlüssel für preisgünstige und qualitativ hochwertige Produkte und Dienstleistungen. Gleichzeitig entscheidet Wettbewerbsfähigkeit aber auch über Marktanteile. Konkurrenz belebt nicht nur das Geschäft, sie bestimmt auch Gewinner und Verlierer.

Ein ähnliches Schicksal erleiden friedenspolitische Ansätze, wenn sie mit ökonomischen Interessen in Konkurrenz geraten. Stabile Rechtssysteme sind so lange relevant, wie sie die Wettbewerbsfähigkeit vor Ort sichern. Sobald unklare Rechtsverhältnisse und instabile politische Systeme zwar Risiken signalisieren, gleichzeitig aber auch die Aussicht auf hohe Profite zulassen, werden die Risiken in Kauf genommen. Je höher die möglichen ökonomischen Gewinne, umso eher wird mit lokalen Eliten kooperiert, deren Macht stabil, aber nicht zwangsläufig demokratisch legitimiert ist.

Eine Politik, die sich der Nachhaltigkeit verpflichtet fühlt, ist gut beraten, den weithin anzutreffenden Primat der Ökonomie kritisch zu hinterfragen. Dabei geht es zunächst darum, dass Natur- und Ressourcenschutz nicht länger ökonomischen Interessen untergeordnet

werden darf. Es muss aber auch darum gehen, politische und ökonomische Eigeninteressen der Akteure, die sich gegen das Gemeinwohl richten, zu erkennen und nicht zu bedienen. Das heißt gleichzeitig, dass Frieden im Sinn von dauerhaftem und positivem Frieden als zentrale Komponente in die Gerechtigkeits- und Nachhaltigkeitsdebatte aufgenommen werden muss. Alle Menschen, die in Regionen leben, in denen Rohstoffe abgebaut werden, und zwar auch diejenigen, die bisher politisch, wirtschaftlich, kulturell und sozial marginalisiert und ausgeschlossen werden, haben ein Recht, von ihren Bodenschätzen zu profitieren. Auch sie haben ein Recht auf ein gutes Leben in einer gesunden und gewaltfreien Umwelt. Weiterhin dürfen die Reichen nicht länger auf Kosten der Armen leben, etwa indem sie sich Land und andere Ressourcen sichern. Die kaufkräftige Nachfrage darf weder das alleinige noch das entscheidende Kriterium für die Verteilung von Ressourcen sein. Verbindliche, sanktionsbewehrte Standards für den Schutz der Umwelt, die Durchsetzung der Menschenrechte und die Sicherung eines dauerhaften Friedens sind hier gefragt.

Den Primat der Ökonomie kritisch zu hinterfragen bedeutet auch, politische Entscheidungen nicht primär den Prinzipien von Konkurrenz und Wettbewerbsfähigkeit unterzuordnen. Stärker kooperative Elemente könnten sich als Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung erweisen. Aus einer friedenspolitischen Perspektive ist dabei von Bedeutung, sich klar zu machen, mit wem kooperiert wird. Ressourcen und Umwelt können Ursachen für Konflikte sein, wenn der lokale Kontext ausgeblendet, Hintergründe und Machtkonstellationen nicht erkannt und die Auswirkungen auf die Menschen vor Ort nicht realistisch abgeschätzt werden.

Links & Literatur

Rio+20 United Nations Conference on Sustainable Development

Rio+20 The Future we want

Rio+20 – side events

Entwicklungsziele nach 2015

Standpunkt von VENRO zu Rio+20, Mai 2012

Ein gutes Leben für alle
EED | Juni 2012

Angesichts der Übernutzung des Planeten sind neue, globale Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung, die einen dauerhaften Frieden im Blick hat, überfällig. Bereits in der Erklärung von Rio aus dem Jahre 1992, die 27 Grundsätze für eine nachhaltige Entwicklung enthält, heißt es in Grundsatz 25: „Frieden, Entwicklung und Umweltschutz sind voneinander abhängig und untrennbar.“ Diese Erkenntnis in praktische Politik umzusetzen, wäre die Aufgabe. Wenn die Zeichen nicht trügen, wird dies beim Rio+20-Gipfel jedoch nicht gelingen. Für unser aller Zukunft ist das bei weitem zu wenig.

Michael Frein arbeitet beim Evangelischen Entwicklungsdienst zu Welthandelspolitik und internationaler Umweltpolitik. Er ist außerdem Sprecher des Leitungskreises des Forums Umwelt und Entwicklung.

Caroline Kruckow vertritt den Evangelischen Entwicklungsdienst im FriEnt-Team.

FriEnt Tipps & Info

Jahresbericht von KfW und DEG widmet sich der Zusammenarbeit mit fragilen Staaten

Die KfW Entwicklungsbank und die DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH – unterstützen fragile Staaten bei Stabilisierung, Wiederaufbau und Entwicklung. Sie stellten jetzt ihren gemeinsamen Jahresbericht unter dem Titel „Entwicklung in fragilen Staaten: Krisen bewältigen, Perspektiven schaffen“ vor.

Der Jahresbericht 2011 zeigt, welchen besonderen Herausforderungen KfW und DEG bei ihrem Engagement in sogenannten „fragilen“ Staaten wie Afghanistan, Irak, Pakistan, den Palästinensischen Gebieten oder Liberia gegenüberstehen. Einerseits müssen Maßnahmen rasch ergriffen werden, damit die Menschen Fortschritte erkennen können. Auf der anderen Seite müssen ein längerfristiger Aufbau der staatlichen Institutionen, einer funktionierenden Privatwirtschaft sowie der Infrastruktur in die Wege geleitet werden.

Die KfW Entwicklungsbank hat Instrumente entwickelt, die den Situationen in den jeweiligen Ländern angepasst sind. In der frühen Phase der Zusammenarbeit spielt die Zivilgesellschaft eine Schlüsselrolle. Wenn der Staat noch zu schwach ist, ermöglichen Nichtregierungsorganisationen einen schnelleren Zugang zu den Menschen. Dabei bleibt es wichtig, den Staat in die entwicklungspolitischen Anstrengungen einzubeziehen, damit die Bürger Vertrauen zu staatlichen Institutionen entwickeln.

Die DEG setzt auf der Ebene des privaten Sektors an. Private Unternehmen leisten wichtige Beiträge, um die Lebensbedingungen zu verbessern und eine wirtschaftliche und soziale, nachhaltige Zukunftsperspektive für die Menschen zu schaffen: Mit Wirtschaftskraft entstehen Beschäftigung und Einkommen, verbessert sich die Infrastruktur, erhalten die Staaten wieder Zugang zu den regionalen und globalen Märkten.

Die KfW sagte beispielsweise im vergangenen Jahr im Auftrag der Bundesregierung alleine in Afghanistan Entwicklungsprogramme in Höhe von 182 Mio. EUR zu. Damit werden unter anderem Schulen und Brücken gebaut und Maßnahmen zum Flutschutz umgesetzt. In den Palästinensischen Gebieten hat die KfW einen Fonds für den Aufbau kommunaler Infrastruktur für Schulen, Straßen und Parks unterstützt und die Länder am Horn von Afrika erhielten Nahrungsmittelhilfe in Höhe von rund 81,5 Millionen Euro. In den vergangenen fünf Jahren hat die KfW Entwicklungsbank insgesamt 3,5 Milliarden Euro für die Verbesserung der Lebenssituation in fragilen Staaten zugesagt. Dies entspricht 18 Prozent der Gesamtzusagen in diesem Zeitraum. Die DEG fördert in Afghanistan über einen Kreditgarantiefonds kleine und mittlere Unternehmen, die sonst keinen Zugang zu Krediten haben. Im Irak hat sie die Mobilfunkgesellschaft Zain mit einem langfristigen Darlehen in Höhe von 35 Millionen Dollar beim Aufbau des Mobilfunknetzes unterstützt.

Weitere Informationen

Carla Berke, KfW
carla.berke@kfw.de

Links & Literatur

Entwicklung in fragilen Staaten: Krisen bewältigen, Perspektiven schaffen
KfW/DEG | Jahresbericht 2011 | 2012

Friedensgutachten 2012 erschienen

Das Friedensgutachten 2012 befasst sich mit den globalen Machtverschiebungen und ihren Auswirkungen auf deutsche und europäische Friedenspolitik. Die Dominanz des transatlantischen Bündnisses ist angeschlagen. Es ist dabei, in Afghanistan seinen ersten Krieg zu verlieren. Der Westen ist absorbiert von seiner Finanz-, Schulden- und Wirtschaftskrise, während die BRICS-Staaten, allen voran China, immer selbstbewusster auftreten. Wir leben in einer Ära des Übergangs. Die Bedeutung der pazifischen Region nimmt zu.

Staatliche Macht diffundiert zusehends zu nichtstaatlichen Akteuren: „Die Märkte“ erscheinen als Subjekt, Ratingagenturen treiben Staaten und die ganze EU vor sich her; grenzüberschreitende Kriminalität fordert wachsende Opferzahlen; der transnationale Terrorismus ist keinesfalls am Ende. Diese Tendenzen entziehen sich staatlicher Kontrolle, sie verlangen nach neuen Formen kooperativer Gegenwehr. Zudem durchdringen Informations- und Kommunikationsmedien immer mehr Lebensbereiche. Die Steuerungsfähigkeit, sei es der Staaten, sei es des internationalen Systems, steht vielfach in Frage. Neue soziale Bewegungen deuten auf erwachendes zivilgesellschaftliches Selbstbewusstsein und Engagement.

Der Schwerpunkt des diesjährigen Friedensgutachtens thematisiert die Verunsicherungen, die mit beiden Dimensionen der Machtverschiebung einhergehen und diskutiert friedenspolitische Lösungsstrategien.

Auch der Süden muss sich mit einschneidenden Veränderungen auseinandersetzen. Was wird aus dem Arabischen Frühling? Revolutionen, Bürgerkriege und ständig eskalierende Kriegsdrohungen im Nahen und Mittleren Osten halten die Welt in Atem und verlangen nach kritischer Analyse, Reflexion und kluger Politik.

Das Friedensgutachten ist das gemeinsame Jahrbuch der Institute für Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik. Es erscheint seit 1987. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen untersuchen die internationale Konfliktrealität aus friedensstrategischer Perspektive. Auf ihre Analysen stützt sich die Stellungnahme der Herausgeberinnen und Herausgeber. Sie zieht Bilanz, pointiert die Ergebnisse und formuliert Empfehlungen für die Friedens- und Sicherheitspolitik in Deutschland und Europa.

Das Friedensgutachten 2012 wird im Auftrag der Institute herausgegeben von Bruno Schoch, Corinna Hauswedell, Janet Kursawe und Margret Johannsen. Es wird wie schon in den letzten Jahren von der Deutschen Stiftung Friedensforschung gefördert.

Weitere Informationen

Christiane Fröhlich
presse@friedensgutachten.de

Links & Literatur

Homepage des Friedensgutachtens

Impressum

Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)
c/o BMZ, Dahlmannstr. 4
53113 Bonn
Tel. +49-228-535-3259
Fax. +49-228-535-3799
frient@bmz.bund.de
www.frient.de

ISSN: 1861-8642

Redaktion: Marc Baxmann
Tel. +49-228-535-3447,
Marc.Baxmann@bmz.bund.de

V.i.S.d.P: Natascha Zupan

Die FriEnt-Impulse erscheinen monatlich. Ein kostenloses Abo kann per Formular auf der FriEnt-Homepage bestellt und abbestellt werden.

Die Inhalte der FriEnt-Impulse geben die Meinung des FriEnt-Teams bzw. der Autoren und nicht notwendigerweise die der FriEnt-Mitgliedsorganisationen wieder. Für eine bessere Lesbarkeit wird auf die Nennung der weiblichen Bezeichnung von Personengruppen weitestgehend verzichtet. Selbstverständlich beziehen sich alle Aussagen gleichermaßen auf Frauen und Männer.